

Seite 2

## Neues Führungsteam stärkt Berufsbildung auf Bundesebene

Die jüngste Sitzung seines Berufsbildungsausschusses in Berlin stand unter dem Zeichen von personellen Veränderungen im Zentralverband Deutsches Kfz-Gewerbe (ZDK).

Seite 3

## Anhörung zum Landesmobilitätsgesetz im Landtag

Das Kfz-Gewerbe wendet sich gegen Pläne der Landesregierung zur Einführung einer Halteabgabe. Der Verband warnt vor unverhältnismäßigen Belastungen für Autohäuser und Werkstätten, insbesondere bei Vorführwagen und Tageszulassungen.

Seite 4

## Aus den Innungen

Bruchsal: Mehr Ausbildungsverhältnisse trotz sinkender Betriebszahlen.

Mittelbaden: Feierliche Eröffnung der neuen Geschäftsstelle und neuer Schulungsräume in einer ehemaligen Fleischerei.

## Stuttgarter Autogipfel stärkt die Wahrnehmung für die Rolle des Kfz-Gewerbes bei der EU

DR. „Die hohe EU-Kommission kommt so langsam auf dem Boden der Wirklichkeit von Autobauern, Autohändlern, Kfz-Betrieben und vor allem Autokäufern und Autobesitzenden an.“ Mit diesen Worten zieht Michael Ziegler, der Präsident unseres Verbandes, ein grundsätzlich positives Fazit aus dem Stuttgarter Autogipfel unter Leitung von Oberbürgermeister Frank Nopper.

### EU verspricht Unterstützung für die Branche

Stéphane Séjourné, Exekutiv-Vizepräsident für Wohlstand und Industriestrategie, bekräftigte die Unterstützung der EU-Kommission für die Automobilwirtschaft. „Wir werden einen Sektor, der 13 Millionen Arbeitsplätze und sieben Prozent des europäischen BIP umfasst, nicht im Stich lassen. Ganz im Gegenteil!“, betonte er beim Gipfel im Stuttgarter Rathaus.

Séjourné kündigte einen Rettungsplan mit drei Prioritäten an: Kurzfristige Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit durch einen Clean Industrial Deal, Förderung der europäischen Nachfrage nach um-

weltfreundlichen Fahrzeugen sowie Schutz vor unfairem externem Wettbewerb.

### Stuttgarter Dialog als Vorbild für Europa

Das Treffen setzte den „Strategiedialog Automobilwirtschaft“ fort, den das Land

mit baden-württembergischen Herstellern und dem Kfz-Gewerbe etabliert hat. Wirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut und OB Nopper präsentierten gemeinsam die Stärken des Automobilstandorts Stuttgart und seiner Zulieferer. „Die Themen Verbrenner-Verbot, Flottengrenzwerte, CO<sub>2</sub>-Bepreisung, Förderung der E-Mobilität und Bürokratieabbau sind genau die, die dem Kfz-Gewerbe so auf den Nägeln brennen wie den Herstellern, denn sie hemmen die Autoverkäufe, die wir dringend brauchen“, betont Ziegler.

### Ziegler mahnt faire Preise an

Die Besuche bei Herstellern und Zulieferern zeigten laut Ziegler, dass die EU-Kommission ihre teilweise kontraproduktive Haltung der letzten Jahre überdenkt. In den Gesprächen machte er deutlich: „Die Interessen der Kun-

den müssen stärker berücksichtigt werden. Das heißt, unsere Autos müssen beim Verbraucher ankommen und bezahlbar sein.“

### Technologischer Fortschritt als Schlüssel

Der Strukturwandel zur Elektromobilität werde durch den chinesischen Markt getrieben. „Außerdem müssen wir unseren Binnenmarkt stärken und Europa muss bei der Batterieproduktion wettbewerbsfähig werden“, so Ziegler. „Vor allem brauchen wir einen Technologiesprung, denn E-Auto-Förderung löst langfristig die Probleme nicht. Wir brauchen mehr Innovationskraft und technologischen Fortschritt, sowohl bei E-Autos als auch bei der künstlichen Intelligenz.“

Die EU-Kommission hat mit der Arbeit am „strategischen Dialog“ bereits begonnen. Ziegler hofft nun auf nachhaltige Erfolge wie beim Stuttgarter Modell: „Was das in Stuttgart jetzt versprochene EU-Konzept der Automobilwirtschaft und vor allen den Kunden bringt, ist die spannende Frage.“

Bild: Landeshauptstadt Stuttgart/Fabrice Weichert



Präsident Michael Ziegler (l.) mahnt bei der hochrangigen EU-Delegation im Stuttgarter Rathaus die Bezahlbarkeit von Autos an. „Die Interessen der Kunden müssen stärker berücksichtigt werden“, betont der Chef des baden-württembergischen Kfz-Gewerbes im Beisein von Wirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut (Mitte) und Oberbürgermeister Frank Nopper (2.v.r.).

## Friedrich Merz, Volker Wissing und Christian Lindner beim ZDK-Neujahrsgipfel

1.200 Teilnehmer in Berlin – droht ein Plus von 80 Cent beim Liter Kraftstoff?

DR. „Mobilität darf nicht zur sozialen Frage werden!“ Mit einem mahnenden Appell für mehr Investitionen in Elektromobilität und alternative Antriebslösungen begrüßte ZDK-Präsident Arne Joswig die rund 1.200 Gäste aus Politik, Verbänden und der Automobilbranche auf dem ZDK-Neujahrsgipfel in Berlin, darunter als Gastredner Friedrich Merz, Vorsitzender der CDU Deutschland, und Christian Lindner, Bundesvorsitzender der FDP.

Sollten die Fahrzeughersteller angesichts schwindender Nachfrage für Elektroautos die CO<sub>2</sub>-Flottenziele verfehlen, drohen hohe CO<sub>2</sub>-Kosten – nicht nur für die Autoindustrie, sondern ebenso für Verbraucher und Unternehmen, so Joswig. Wenn die Klimaziele verfehlt würden, könne der CO<sub>2</sub>-Preis bis 2030 leicht auf 300 Euro pro Tonne steigen. Auf die Kraftstoffkosten umgelegt entspreche dies einer zusätzlichen Verteuerung um 70 bis 80 Cent pro Liter Benzin bzw. Diesel.

### Warnung vor steigenden CO<sub>2</sub>-Kosten

„Wenn die Klimaziele eingehalten werden sollen und die E-Mobilität nicht vorankommt, wird der CO<sub>2</sub>-Preis explodieren“, prophezeit Joswig. „Hierdurch wür-

den Menschen, die sich noch nie in ihrem Leben einen Neuwagen, geschweige denn ein Elektroauto leisten konnten, von der Automobilität schrittweise ausgegrenzt. Wir brauchen bezahlbare Elektrofahrzeuge und mehr regenerative Kraftstoffe – und zwar schnell. Das ist nicht nur eine Herausforderung für die Politik, sondern auch für die Hersteller und die Mineralölbranche. Unsere Kunden erwarten Lösungen – und zwar jetzt!“



Klare Absage an neue E-Auto-Prämien: CDU-Kanzlerkandidat Friedrich Merz (Mitte) diskutierte mit ZDK-Präsident Arne Joswig, VDIK-Präsidentin Imelda Labbé, VDA-Präsidentin Hildegard Müller und Jungunternehmer Stephan Beermann (v.l.) über die Zukunft der Automobilbranche und versprach Bürokratieabbau statt neuer Förderungen.

### Mobilität als soziale Herausforderung

Um dem stockenden Hochlauf der Elektromobilität neuen Schwung zu verleihen, fordert der ZDK die Politik auf, gezielte Fördermaßnahmen zu ergreifen und die entsprechenden Rahmenbedingungen zu setzen. Das gilt für die hohen Anschaffungs- und Betriebskosten gleichermaßen.

### Handlungsbedarf bei E-Mobilität

„Unser Vorschlag einer E-Mobilitätsprämie für die #GenerationZukunft liegt auf dem Tisch, damit junge Menschen und Familien bereits heute den Umstieg zur E-Mobilität schaffen und sich Automobilität auch in Zukunft leisten können“, sagt Joswig auf dem Branchenabend im Gasometer auf dem EUREF-Campus in Berlin. Anstatt die individuelle Mobilität von Autofahrerinnen und Autofahrern weiter zu verteuern, sollten Mittel aus den jährlichen Einnahmen der CO<sub>2</sub>-Bepreisung – in diesem Jahr voraussichtlich acht Milliarden Euro – zur Finanzierung der Transformation zur klimaneutralen Mobilität im Straßenverkehr verwendet werden.

### Weg zur klimaneutralen Mobilität

„Ein Teil fließt bereits in Ladeinfrastruktur, aber das reicht nicht. Wir brauchen

### Wir halten Deutschland mobil!



Symbolischer Kanister für alternative Kraftstoffe: ZDK-Präsident Arne Joswig überreicht FDP-Chef Christian Lindner ein Gastgeschenk, nachdem dieser mit VDIK-Präsidentin Imelda Labbé und Jungunternehmerin Karima Knigge über Bürokratieabbau und die Zukunft der E-Mobilität diskutierte.

mehr Investitionen in alternative Kraftstoffe und Elektromobilität, damit Mobilität für alle bezahlbar bleibt“, so Joswig. „In knapp vier Wochen ist Bundestagswahl. Das Jahr 2025 ist ein Jahr der Chancen. Und es kann sogar das Jahr der Elektromobilität in Deutschland werden.“

# Neues Führungsteam stärkt Berufsbildung auf Bundesebene

RB. Die jüngste Sitzung seines Berufsbildungsausschusses in Berlin stand unter dem Zeichen von personellen Veränderungen im Zentralverband Deutsches Kfz-Gewerbe (ZDK): Zu Beginn der Sitzung stellten die Ausschussvorsitzenden René Gravendyk und Anselm Lotz gemeinsam mit ZDK-Hauptgeschäftsführer Dr. Kurt-Christian Scheel den Bildungsexperten aus Landesverbänden und Innungen zwei neue Führungskräfte vor:

- Peter Bredol übernimmt als Geschäftsführer den neu geschaffenen Bereich Werkstätten und Technik sowie Berufsbildung.
- Carsten Berg, aktuell noch bei der IHK Köln tätig, übernimmt die Abteilungsleitung Berufsbildung und wird neben Dominik Lutter (Abteilungsleiter Werkstätten und Technik) an Peter Bredol berichten.

Auch ZDK-Präsident Arne Joswig besuchte die Sitzung. Er betonte in seiner Begrüßungsrede, die Gewinnung und Bindung qualifizierter Fachkräfte sei eine der drängendsten Herausforderungen für den Verband. In diesem Zusammenhang würdigte er die Bedeutung des Berufsbildungsausschusses und der neuen Führungskräfte, denen er einen erfolgreichen Start wünschte.

Weiteres Thema der Sitzung waren die positive Entwicklung der Ausbildungszahlen. Die Zahlen des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) zeigten eine sehr positive Entwicklung in den Ausbildungsberufen des Kfz-Gewerbes, insbesondere im Vergleich zu anderen Berufsbildern.

Unser stärkster Autoberuf „Kfz-Mechatroniker/-in“ konnte im Ausbildungsjahr 2024 bundesweit einen Zuwachs von 7,2 Prozent an neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen verzeichnen. In Baden-Württemberg betrug der Zuwachs sogar 7,7 Prozent. Dies bedeutet, dass 3.249 neue Kfz-Mechatroniker in den baden-württembergischen Kfz-Meisterbetrieben ihren Platz gefunden haben.

Unser zweitstärkster Autoberuf „Automobilkaufmann/-frau“ gewinnt ebenfalls an Ausbildungsverhältnissen. Im Ergebnis hat sich bei den Automobilkaufleuten zum 30. September 2024 bundesweit ein Plus von 4,2 Prozent ergeben. In Baden-Württemberg fiel der Anstieg mit 1,4 Prozent etwas mode-

rater aus. Im Vorjahr betrug die Steigerung bereits 12,4 Prozent.

Besonders erfreulich: Der Anteil weiblicher Auszubildender steigt kontinuierlich. Bei den Kfz-Mechatronikerinnen machen Frauen inzwischen 6,7 Prozent der Azubis im ersten Lehrjahr aus. Bei den Automobilkaufleuten liegt der Frauenanteil sogar bei 39 Prozent.

Auf der Tagesordnung der Ausschusssitzung standen noch eine Reihe weiterer Themen, die vorgestellt und diskutiert

wurden, so zum Beispiel die Rekrutierung ausländischer Fachkräfte sowie die Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen.

Weiterhin behandelten die Mitglieder die Nachwuchs- und Fachkräftestrategie des ZDK, den aktuellen Status beim Berufsspezialist bzw. Kfz-Servicetechniker sowie die Möglichkeit von Teilqualifizierungen im Handwerk (TQHW) zur Erschließung von Fachkräftepotentialen.

## Abkehr von Agentursystemen ist Bekenntnis zum Vertragshandel

DR. Die Einführung von Agentursystemen im Neuwagenvertrieb stand bei Herstellern und Importeuren seit Jahren verstärkt auf der Agenda. Nun ist eine Trendumkehr zu beobachten: Eine Vielzahl von Fabrikaten, wie jetzt auch Volkswagen und Audi, kehren inzwischen wieder zum Vertragshändlersystem zurück oder haben ihre Agentur-Pläne auf Eis gelegt.

### Hohe Kompetenz des Handels

„Die mehrheitliche Abkehr der Hersteller und Importeure von Agentursystemen auch bei E-Fahrzeugen ist ein Bekenntnis zum Vertragshandelsystem und zur hohen Kompetenz und Leistungsfähigkeit des Handels“, betont ZDK-Vizepräsident Thomas Peckruhn, Sprecher des Fabrikatshandels in Deutschland. „Damit geht der Vertragshandel gestärkt in die Zukunft. Wir im ZDK haben uns in der Fachgruppe Fabrikate stets dafür ausgesprochen, dass allenfalls echte

Agentursysteme aus Handelssicht in Betracht kommen, da für sie klare rechtliche Vorgaben gelten.“

### Kundenwünsche berücksichtigen

Ein erfolgversprechendes System müsse die Bedürfnisse aller Beteiligten angemessen berücksichtigen: „Das betrifft Hersteller und Händler, aber eben auch die Kunden. Auch wenn dies im Rahmen eines echten Agenturmodells gewährleistet sein dürfte, hat sich in dieser Hinsicht das Vertragshandelsmodell bewährt“, so Peckruhn. „Wir im ZDK sind nicht grundsätzlich gegen die Neuausrichtung von Vertriebssystemen“, betont ZDK-Präsident Arne Joswig. „Wir setzen uns jedoch für klare Verhältnisse in Vertriebssystemen ein und für eine Ausgestaltung, die für beide Vertragsparteien auskömmlich und profitabel ist und klaren rechtlichen Regelungen unterliegt.“

**Das Positionspapier ist abrufbar unter [www.kfzgewerbe.de](http://www.kfzgewerbe.de)**



Sie leiten künftig die Berufsbildung im Kfz-Gewerbe (v. li.): René Gravendyk, Peter Bredol, Anselm Lotz und Carsten Berg.

## 5 Fragen an...

### Dr. Marcus Berger

DR. In dieser Interview-Reihe stellen wir jeweils fünf Fragen zu aktuellen Themen des Kfz- und Tankstellengewerbes. Heute: Dr. Marcus Berger.

Dr. Berger ist Geschäftsführer der AVILOO GmbH. Das Kfz-Gewerbe kooperiert seit kurzem mit AVILOO beim Thema Batterietests.

### Wir wollen von ihm wissen:

**Herr Dr. Berger, der Gebrauchtwagenmarkt für E-Autos kommt nicht so recht in die Gänge. Welche besonderen Herausforderungen sehen Sie dabei für Autohäuser und Werkstätten?**

Die größte Herausforderung ist sicher die Angst der potentiellen Käufer vor dem Batterieverschleiß. Und diese ist ja berechtigt. Der sogenannte State-of-Health oder SoH, also die Energie, die eine Batterie zu einem bestimmten Zeitpunkt noch abgeben kann, korreliert überhaupt nicht mit Alter und Kilometerstand (so wie wir das vom Verbrenner gewohnt sind). Er ist von anderen, nicht mess- und sichtbaren Faktoren, wie zum Beispiel der Anzahl von Schnellladezyklen, dem Parkverhalten oder dem Fahrverhalten abhängig. Das heißt, Autohäuser müssen mit Ihren Services und Angeboten diese Sorgen ihrer Kunden ausräumen, dem Wunsch nach Sicherheit nachkommen.

**Mit dem FLASH-Test versprechen Sie eine Batteriediagnose in nur drei Minuten. Wie ist das technisch möglich und wie zuverlässig sind die Ergebnisse?**

AVILOO hat schon vor acht Jahren begonnen, Daten über das Verhalten von Antriebsbatterien in elektrisch ange-



triebenen Fahrzeugen (EV) zu sammeln. Mittlerweile verfügt AVILOO über die mit Abstand größte Datenbank weltweit, die sämtliche batterierelevanten Informationen (Strom, Spannung, Temperatur, ...) auf Zellebene von zig Tausenden EVs unterschiedlichster Modelle, unterschiedlichsten Alters und unterschiedlichster Kilometerstände enthält. Diese Datenbank wächst täglich, und sie ist es auch,

die es AVILOO erlaubt, Algorithmen und mathematische Modelle zu entwickeln, die im Rahmen des FLASH-Tests innerhalb von nur drei Minuten eine verlässliche Batteriediagnose, ja sogar eine SoH-Berechnung durchzuführen. Das macht AVILOO weltweit zum Industriestandard im Bereich der EV-Batterie-Testung.

**Ihre Tests decken über 91 Prozent aller in Deutschland zugelassenen E-Fahrzeuge ab. Wie haben Sie diese hohe Abdeckungsquote erreicht?**

AVILOO hat ein eigenes, umfassendes Reverse Engineering Team. Dieses Team hat eine einzige Aufgabe: Die Sicherstellung der Kommunikation zwischen der AVILOO-Box und dem zu testenden Fahrzeug. Nur deshalb können wir mehr als 90 Prozent aller in Deutschland zugelassenen EVs verlässlich testen. Auch das macht AVILOO weltweit einzigartig.

**Eine aktuelle Remarketing-Studie zeigt, dass 75 Prozent der E-Fahrzeug-Käufer ein Batterietestzertifikat erwarten. Wie sehen Sie die weitere Entwicklung dieses Marktes?**

AVILOO geht davon aus, dass sich das unabhängige Batteriezertifikat am Ge-

brauchtwagenmarkt von EVs durchsetzen wird. Es wird mittelfristig nicht mehr möglich sein, ein EV ohne unabhängiges Batteriezertifikat zu verkaufen. Daher bemüht sich AVILOO auch darum, den FLASH-Test zu einem so attraktiven Preis anzubieten, dass der Preis dieses Batterietests im Verhältnis zum Fahrzeugwert vernachlässigbar gering ist.

**Unsere Mitglieder erhalten nun exklusive Sonderkonditionen. Welches Geschäftspotenzial sehen Sie konkret für Autohäuser und Werkstätten?**

Die AVILOO-Batterietests ermöglichen mehrere Geschäftsmodelle für Ihre Mitglieder. Einerseits ermöglichen sie Autohäusern, die Gewinnmaximierung beim Verkauf gebrauchter EVs durch die Maximierung der Verkaufspreise und die Reduzierung der Standzeiten. Andererseits können Ihre Mitglieder die AVILOO-Batterietests auch an ihre Kunden mit einer Marge weiterverkaufen. Ein weiteres Potential für Innungsmitglieder liegt im Angebot einer „End-of-Warranty Inspection“ für EV-Besitzer, um festzustellen, ob der Gesundheitszustand der Antriebsbatterie unterhalb der Garantiegrenze liegt.

# Anhörung zum Landesmobilitätsgesetz im Landtag

## Kfz-Gewerbe warnt im Plenum vor Bürokratie und hohen Kosten

CB. Das Landesmobilitätsgesetz soll den Kommunen zusätzliche Instrumente für stärkeren Klimaschutz und mehr Bus und Bahn bringen, so die Pläne des baden-württembergischen Verkehrsministeriums. Baden-Württemberg könnte damit etwa die digitale Parkraumüberwachung einführen und mit einem Mobilitätspass eine fragwürdige Vorreiterrolle einnehmen.

### Verkehrsministerium will Mobilitätspass

Die Position von Verkehrsminister Winfried Hermann ist dabei klar. Er sagte bereits zu Beginn der schriftlichen Anhörung im Sommer: „Wir brauchen weiterhin eine schnelle Mobilitäts- und Antriebswende, um Klimaschutzvorreiter zu bleiben und die Klimaschutzziele des Landes einzuhalten. Mit Studien und Modellprojekten haben wir den Mobilitätspass entwickelt. Jetzt kann er mit verbindlichen Regelungen kommen.“

Mit einem Mobilitätspass könne zielgerichtet in dichtere Takte, neue Fahrzeuge und in die Digitalisierung investiert werden, so Hermann. Der Mobilitätspass schaffe für die Kommunen die Möglichkeit, eine Abgabe für Verbesserungen im ÖPNV zu erheben. Als Gegenleistung für die Abgabe bekämen die Bürgerinnen und Bürger ein Mobilitätsguthaben in gleicher Höhe zurück. Dieses Guthaben könne innerhalb von zwölf Monaten abgerufen und für den Erwerb von Zeitkarten und Abonnements genutzt werden, darunter auch das Deutschlandticket.

### Mobilitätspass in zwei Varianten möglich

Der Gesetzentwurf sieht zwei Varianten vor, wie die Abgabe erhoben werden kann. Zum einen über einen Beitrag für alle Einwohnerinnen und Einwohner oder über einen Beitrag für Menschen und Institutionen, die Kraftfahrzeuge zugelassen haben. Neben im LMG festgelegten Ausnahmen wie beispielsweise für die Feuerwehr haben die Kommunen auch eigene Gestaltungsspielräume und können zum Beispiel Elektrofahrzeugbesitzer freistellen. Auch Ausnahmen und Ermäßigungen nach sozialen Gesichtspunkten können durch die kommunalen



Bild: Landtag von Baden-Württemberg

### Hauptgeschäftsführer Carsten Beuß sprach im Landtag zu den Abgeordneten

Satzungsgeber ermöglicht werden. Die Umsetzung des Mobilitätspasses ist für die Kommunen und Kreise freiwillig. Ein Beitrag darf nur erhoben werden, wenn das Angebot im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) vor Ort bestimmte Qualitätsanforderungen erfüllt, beispielsweise hinsichtlich des Takts zwischen fünf und 24 Uhr.

### Verband kritisiert Halterabgabe, Bürokratie und Kosten

In der jetzt erfolgten öffentlichen Anhörung im Verkehrs Ausschuss des Landtags betonte Hauptgeschäftsführer Carsten Beuß denn auch einige positive Signale, hielt aber an der grundsätzlichen Kritik fest. „Der Verzicht auf eine Arbeitgeberabgabe und eine City-Maut im Gesetzentwurf sind wichtige Schritte in die richtige Richtung. Dies zeigt, dass die massiven Bedenken der Wirtschaft ein Stück weit Gehör gefunden haben.“ Dennoch sei das Gesetzesvorhaben in seiner Grundausrichtung weiterhin verfehlt, so Beuß: „Die geplante Nahverkehrsabgabe ist der falsche Weg. Wir brauchen keine zusätzlichen finanziellen Belastungen für Bürger und Wirtschaft. Der Gesetzentwurf betreibt unnötige Symbolpolitik gegen das Auto.“

### Bürokratie und Kosten drohen bei Vorführwagen, Tageszulassungen und roten Kennzeichen

Besonders problematisch für die Branche, falls eine Halterabgabe kommt: Die ungeklärte Situation bei Vorführwagen, Tageszulassungen und roten Kennzeichen für Prüf- und Überführungsfahrten. „Bei roten Kennzeichen ist zum einen völlig unklar, ob – wie bei den Rundfunkbeiträgen – eine Abgabe erhoben würde und wie diese im Zweifel zu erfassen und abzuwickeln wäre. Zudem dürfen Kfz-Betriebe für Ausnahmen bei Vorführwagen und Tageszulassungen nicht nur auf Härtefallklauseln verwiesen werden. Denn sonst droht ein erheblicher bürokratischer Mehraufwand für unsere Betriebe, dem keinerlei Nutzen gegenübersteht“, erklärte Beuß den Abgeordneten.

„Wir fordern das Verkehrsministerium daher auf, bereits in der Gesetzesbegründung klarzustellen, dass rote Kennzeichen, Vorführwagen und Tageszulassungen in etwaigen kommunalen Satzungen verbindlich von der Abgabe ausgenommen werden müssen. Ein Autohaus kann nicht verpflichtet werden, für notwendige Prüf- und Überführungsfahrten eine ÖPNV-Abgabe zu entrichten.“

### Bedenken der Wirtschaft

Der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIHK) und andere Wirtschaftsvertreter kritisierten die Pläne der Landesregierung ebenfalls. BWIHK warnte auf Frage des verkehrspolitischen Sprechers der CDU, Thomas Dörflinger, der eine etwaige Arbeitgeberabgabe als falsches Signal an die Wirtschaft einstufte, vor erheblichen Mehrbelastungen für Unternehmen und steigenden Kosten. Besonders wenn der Mobilitätspass mit möglichen Varianten wie der City-Maut und der Arbeitgeberabgabe käme, sei dies ein unkalkulierbares Risiko für die Innenstadtwirtschaft.

### FDP-Fraktion hatte Anhörung beantragt

Der verkehrspolitische Sprecher der FDP/DVP-Fraktion, Dr. Christian Jung,

meinte: „Ich bin froh, dass es auf unsere Anregung diese öffentliche Anhörung zum Gesetzentwurf gegeben hat. Für mich hat sich klar kristallisiert, dass dieser Entwurf gefährliches Stückwerk ist. Die mahnenden Worte der Wirtschaftsverbände sollten unbedingt gehört werden. Die Abgrenzungsprobleme beim Mobilitätspass lassen nur einen Schluss zu: Weg damit! Es wäre nicht vermittelbar, wenn für Vorführwagen und Tageszulassungen eine Kfz-Halterabgabe fällig würde. Kein Mensch braucht diesen bürokratischen Ballast. Das beste Landesmobilitätsgesetz wäre: Kein Landesmobilitätsgesetz.“

**NÜRNBERGER**  
AutoMobil  
Versicherungsdienst GmbH

**NÜRNBERGER/  
GARANTA**

**Schutz bei Viren, Trojanern,  
Hackern & Co.**

CB. Ein harmlos wirkender E-Mail-Anhang, der unbedarftes Klick eines Mitarbeiters. Mehr braucht es nicht, um Opfer einer Cyber-Attacke zu werden. Hackerangriffe können ein ganzes Unternehmen zum Stillstand bringen. Die Folgen sind gravierend und können für kleinere Betriebe sogar das Aus bedeuten. Hier hilft die NÜRNBERGER Cyberversicherung.



Bild: Verband

**Versicherungsprofis für das Kfz-Gewerbe:  
Andreas Konietzny und Volker Schulemann.**

Bei Cyber-Angriffen zuverlässig abgesichert:

- Experten kümmern sich um die IT-Systeme, befreien sie von Viren, Trojanern usw., nehmen Kontakt zu Erpressern auf und gehen Phishing-Mails auf die Spur
- Rund um die Uhr, sieben Tage die Woche sind Spezialisten erreichbar, die sofort Maßnahmen ergreifen, um noch größere Schäden an Systemen und Daten zu vermeiden
- Sicherheitstrainings & Prävention für den Betrieb und die Mitarbeiter
- Online-Plattform mit E-Learnings, Phishing-Simulationen und vielem mehr rund um die Informationssicherheit

Interessenten wenden sich an:  
**Andreas Konietzny,  
Volker Schulemann**  
Generalagenturen für das Kfz-Gewerbe  
im Agenturverbund  
Telefon 07 11-23 08 50-60  
E-Mail:  
andreas.konietzny@nuernberger-automobil.de  
E-Mail:  
volker.schulemann@nuernberger-automobil.de

## Bodensee-Pionier Hansjörg Blender im Gespräch

### „Good News“-Initiative zeigt Elektromobilität in der Praxis

DR. Die Landesinitiative „Good News“ präsentiert in ihrem jüngsten Videobeitrag mit dem Autohaus Blender in Radolfzell ein Beispiel dafür, wie es mit Elektromobilität klappen kann. Hansjörg Blender, aktueller Pressesprecher und ehemaliger Obermeister der Innung des Kfz-Gewerbes Bodensee Hochrhein Schwarzwald, gewährt authentische Einblicke in den Wandel hin zur Elektromobilität im ländlichen Raum.

Die „Good News“-Initiative des Landes Baden-Württemberg macht es sich zur Aufgabe, positive Beispiele des Mobilitätswandels sichtbar zu machen. Der neue Film begleitet das Familienunternehmen durch seinen Arbeitsalltag und zeigt anschaulich das geschäftige Treiben auf dem Autohausgelände, Beratungsgespräche und das Laden der E-Fahrzeuge.

### Kundenbewusstsein ändert sich

Hansjörg Blender spricht dabei über die Veränderung im Bewusstsein der Kundschaft: „Eigentlich hat es jeder Kunde schon im Hinterkopf“, bemerkt er, und meint damit die Frage nach der Wahl des Antriebs. Das Video macht erlebbar, wie

sich die Frage nach einem Elektrofahrzeug zu einer zentralen bei der Kaufentscheidung entwickelt hat. Als überzeugter Verfechter der Elektromobilität nutzt Blender selbst ein E-Auto. „Die meisten Verkäufer fahren E-Fahrzeuge, ich natürlich als Vorbild vorneweg.“ Die Kundinnen und Kunden, die sich auf diese neue Technologie einlassen, erfahren eine neue Form des Autofahrens. „Man fährt angenehmer, man fährt entspannter, man fährt leiser“, fasst er die Vorteile zusammen.

### Veränderung ist bereits Realität

Der professionell produzierte Film zeigt mehr als nur den Alltag eines Autohauses. Mit klaren Einstellungen und authentischen Szenen dokumentiert er, wie der technologische Wandel in der Praxis gelingt und macht Elektromobilität für jeden greifbar. Das Autohaus Blender erweist sich dabei nicht nur als wichtiger Partner für seine Kundschaft, sondern

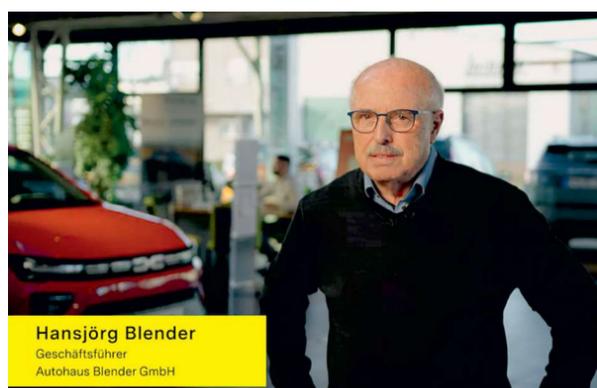


Bild: e-mobil BW

auch als Orientierung für andere Betriebe in der Region.

Der Blick nach Radolfzell zeigt: Die Veränderung in der Branche ist bereits Realität. Das Autohaus Blender demonstriert im Video, wie die Zukunft der Mobilität aussehen kann – und wie Mitglieder unserer Innungen und unseres Verbandes diese aktiv gestalten.

**Der vollständige Beitrag mit weiteren Informationen ist auf der Webseite der „Good News“-Initiative unter <https://www.e-mobilbw.de/service/meldungen-detail/elektromobilitaet-im-autohaus-blender> verfügbar.**

## Neue Versicherung: Bank11-EvoMobil

Das „Krankentagegeld fürs Auto“

DR. Die Sicherstellung der eigenen Mobilität wird immer wichtiger. Die neue Versicherungslösung Bank11-EvoMobil von Bank11 und Credit Life, seit Dezember 2024 auf dem Markt, setzt genau da an und bietet finanziellen Ausgleich, wenn das Fahrzeug beispielsweise aufgrund eines Werkstattaufenthalts oder aus medizinischen Gründen nicht genutzt werden kann.

### Leistungsumfang von Bank11-EvoMobil:

- Absicherung bis zu fünf Tagen pro Schadensfall und bis zu 30 Tagen während der Vertragslaufzeit.
- Werkstatttaggeld: Bei Reparaturen leistet Bank11-EvoMobil an den ersten zwei Tagen bis zu 50 Euro pro Tag, an den Folgetagen bis zu 100 Euro (bzw. bis 150 Euro im Premium-Tarif).
- Fahruntauglichkeit: Bei medizinischer Fahruntauglichkeit wird ebenfalls geleistet.
- Smart Repair oder Service: Im Premium-Tarif gibt es 100 Euro jährlich für Service- oder 300 Euro für Smart Repair-Maßnahmen.

### Attraktives Produkt mit hoher Flexibilität

Ein herausragendes Merkmal von Bank11-EvoMobil ist die Flexibilität: keine Mindestvertragslaufzeit, keine Fahrzeugbindung und ein monatliches Kündigungsrecht. Bank11-EvoMobil ist

für alle Fahrzeugtypen zugelassen außer für schwere Lkw, also für PKW, Zweiräder, LKW bis 7,5 Tonnen, Wohnmobile sowie Wohnwagen und Caravans. Dadurch ist das Produkt für eine breite Zielgruppe attraktiv.



Bild: Bank11

### Fokus auf individuelle Mobilität

„Mit Bank11-EvoMobil sichern wir die individuelle Mobilität der Kunden. Das Produkt funktioniert ganz einfach, ähnlich einem ‚Krankentagegeld fürs Auto‘.“, sagt Patrick Rittich, Bereichsleiter Vertriebscenter und Versicherungen bei Bank11. „Das Produkt ergänzt perfekt das bestehende Versicherungsportfolio und kommt im Markt sehr gut an. Für den Fahrzeugbesitzer ist Bank11-EvoMobil ein wertvoller Schutz und für den Handel eine attraktive Möglichkeit, Erträge zu generieren sowie die Kundenbindung und die Werkstatteleistung zu steigern.“

## Gute Nachrichten für Werkstätten:

## Uneingeschränkter Zugang zum OBD-Port

AG. Das Oberlandesgericht (OLG) Köln hat eine wegweisende Entscheidung für das Kraftfahrzeuggewerbe getroffen. Die Ablehnung des Revisionsantrags von Stellantis Europe S.p.A. stärkt den freien Zugang zu Fahrzeugdaten über die On-Board-Diagnose (OBD)-Schnittstelle. **Damit wird die uneingeschränkte Diagnose, Wartung und Reparatur moderner Fahrzeuge durch freie Kfz-Betriebe endgültig rechtlich abgesichert.**

Die OBD-Schnittstelle spielt eine zentrale Rolle im Reparaturmarkt, da sie den Zugang zu wichtigen Fahrzeugdaten ermöglicht. Das Urteil des OLG Köln unterstreicht, dass dieser Zugang ein essenzieller Bestandteil für einen fairen Wettbewerb ist und somit sowohl den Betrieben als auch den Verbrauchern zugute-

kommt. Bereits im April 2024 hatte das Landgericht Köln die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs bestätigt, wonach herstellerspezifische Einschränkungen beim Zugang zum OBD-Port rechtswidrig sind. Die Abweisung der Revision durch das OLG Köln schafft nun endgültige Rechtssicherheit für freie Werkstätten.

Der Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe (ZDK) setzt sich dafür ein, dass alle Zugänge zum Fahrzeug gleichberechtigt behandelt werden, sowohl Onboard-Diagnose- als auch Over-the-Air-Zugänge. Hierfür arbeitet der ZDK eng mit der Europäischen Kommission an der Novellierung der Typgenehmigung 2028/858, deren Veröffentlichung in den nächsten Wochen geplant ist.



## Aus unseren Innungen



### Mittelbaden

### Feierliche Eröffnung der neuen Geschäftsstelle und neuer Schulungsräume in einer ehemaligen Fleischerei

DR. Die Innung Mittelbaden mit ihrem Sitz in Baden-Baden hat ihre neuen Räume bezogen und damit den Grundstein für die Ausweitung ihres Kursangebotes gelegt. Eine ehemalige Fleischerei ist jetzt die Zentrale der Mittelbadener.

Aus Anlass des Einzugs luden Obermeister Dieter Burkart und Innungsgeschäftsführer Ruben Schäfer im Januar zu einer kleinen Feierstunde. Neben Vertretern der Nachbarinnungen gratulierten auch Kai Whittaker, Wahlkreisabgeordneter im Bundestags, der neu gewählte Präsident der Handwerkskammer Karlsruhe, Karsten Lamprecht, Landesverbands-Hauptgeschäftsführer Carsten Beuß, Kreis-Handwerksmeister Michael Bleich und Ehrenobermeister Heinrich Fallert.

### Bedeutendes Ereignis für das Kfz-Gewerbe der Region

Obermeister Dieter Burkart nannte den Kauf der Immobilie „ein bedeutendes Ereignis für das Kfz-Gewerbe der Region“, denn die Immobilie biete neben genügend Platz für die Geschäftsstelle auch viele Möglichkeiten, den Mitgliedsbetrieben attraktive Angebote im Bereich von Schulungen, Seminaren und Weiterbildungen zu machen. Auch die Möglichkeiten der Vermietung von Gewerbeeinheiten sei langfristig eine gute Absicherung für günstige Mitgliedsbeiträge. Durch die Wiederbelebung der vorhandenen Bistrotfläche durch einen erfahrenen Gastronomen bieten sich zudem Synergien für die geplanten Schulungsangebote. Ruben Schäfer erläuterte anhand eines Modells die geplanten Umbauten und führte interessierte Gäste im Anschluss durch die Immobilie. Bei Sekt und Häppchen wurde in geselliger Runde auf die neue Heimat der Kfz-Innung Mittelbaden angestoßen. Die neue Halle bietet rund 1.000 Quadratmeter und soll zu einer Bildungsstätte



Bild: Kfz-Innung Mittelbaden

umgebaut werden. Die neuen Räume sollen auch für Gesellenprüfungen tauglich sein. Für den Kauf der Immobilie hatte sich der Vorstand der Innung im Frühjahr das Votum der Innungsmitglieder geben lassen. Die Innung beschäftigt derzeit acht Mitarbeiter. „Wir wollen die Kompetenzen der Innung für ihre Mitglieder weiter ausbauen“, betonen Obermeister Dieter Burkart und Innungsgeschäftsführer Ruben Schäfer. Sehr erfolgreich laufen bereits die Kurse zur Abgasuntersuchung der Innung. Ein Mitgliedsbetrieb stelle dazu seine Räume zur Verfügung, berichtete der Obermeister.

### Stipendien für Fortbildung

Seit dem vergangenen Jahr vergibt die Innung Mittelbaden außerdem jährlich Stipendien für die Fortbildung. Pro Jahr wird ein Maximalbetrag von 5.000 Euro vom Vorstand zur Verfügung gestellt. Förderfähig sind ein Studium an der Bundesfachschule für das Kfz-Gewerbe (BFC) in Northeim (2.000 Euro), die Meisterausbildung (2.000 Euro) sowie die Fortbildung zum Servicetechniker (1.000 Euro). Angehörige von Innungsbetrieben können sich beim Vorstand für ein Stipendium bewerben. Um den vollen Förderbetrag zu erhalten, müssen die Stipendiaten sich verpflichten, nach erfolgreicher Fortbildung wieder in einem Betrieb der Innung Mittelbaden zu arbeiten. Anderenfalls wird nur ein Teilbetrag zuerkannt.



## Aus unseren Innungen



### Bruchsal

### Mehr Ausbildungsverhältnisse trotz sinkender Betriebszahlen

DR. „Wir wissen, welche Autos die Kunden wollen. Weil sie uns nach diesen Autos fragen“, betonte Obermeisterin Birgit Leicht auf der Mitgliederversammlung der Kfz-Innung Bruchsal in Büchenau. Trotz leicht sinkender Betriebszahlen verzeichnet die Innung einen erfreulichen Anstieg bei den Lehrverhältnissen.

Die Werkstattauslastung liegt stabil bei 87 Prozent.

Der Pkw-Bestand im Kreis Karlsruhe wuchs 2024 auf über 289.000 Fahrzeuge. Dabei legten E-Autos um 17,5 Prozent auf 10.600 Einheiten zu, bleiben aber Nischenprodukt. „Mobilität ist immer noch Trumpf, da lässt die Zahl keinen Zweifel“, so Leicht. Während in anderen Bundesländern erste Betriebe Handel und Werkstatt trennen, bleibe diese Entwicklung in Baden-Württemberg aus. Die Rückabwicklung des Agenturmodells bei großen Händlern zeige zudem, dass dieses Vertriebskonzept keine Zukunft habe.

„Das Kfz-Gewerbe ist gut gerüstet, die Betriebe sind flexibel – wir haben allen Grund, die Herausforderungen optimistisch anzugehen“, betonte Carsten Beuß, Hauptgeschäftsführer unseres Verbandes. Der technologische Fortschritt führe zu hochwertigeren und besser bezahlten Arbeitsplätzen. Die erfolgreiche Etablierung der Akkreditierten Überwachung (AÜK) zeige bereits diese Entwicklung. Neue digitale Prozesse böten zusätzliche Chancen. Ein Wermutstropfen bleibe die überbordende Bürokratie, für deren Abbau sich der Verband weiter einsetze.



Bild: Holger Zietz – YCG

Obermeisterin Birgit Leicht und Hauptgeschäftsführer Carsten Beuß.